

Familien-Partei Deutschlands

Wahlprogramm

für die Wahl zum 8. Europäischen Parlament 2014

Die Familien-Partei Deutschlands ist eine freiheitlich-demokratische Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschlands. Sie ist eine Partei der politischen Mitte.

Demokratie ist in der Europäischen Verfassung unter „Werte und Ziele“ genannt. Die vorliegende Europäische Verfassung ist zurzeit nicht abschließend ratifiziert. Ebenso ist die Frage der künftigen politischen Struktur Europas (Staatenbund mit konföderalen Elementen oder Bundesstaat mit föderaler Gliederung) noch offen. Zu vielen weltpolitischen Fragen wird jedoch in der internationalen Politik eine einheitliche europäische Stimme immer wichtiger. Die Familien-Partei Deutschlands setzt sich für einen Europäischen Staatenbund ein, in dem grundlegend das Sozialstaatsprinzip gilt. Jeder Bürger muss seine Existenz durch seine Arbeit sichern können.

In der derzeitigen Struktur der EU ist das demokratische Element nicht generell verwirklicht. Daraus resultieren demokratische Defizite und als deren Folge die Distanz der Bürger. Diese misstrauen den Brüsseler Entscheidungen – wissen sie doch, dass diese häufig unter dem sich stets verstärkenden Einfluss unzähliger Lobbyisten des Wirtschafts- und Bankensektors auf die Kommission zustande kommen und dass die parlamentarische Kontrolle fehlt. Deshalb muss weiterhin durch geeignete Vereinbarungen und Verträge daran gearbeitet werden, die Rechte des Europäischen Parlaments zu erweitern und zu stärken.

Die unbestreitbare Tatsache, dass die Vermögensverteilung sich einseitig und stetig zu Lasten der abhängig Beschäftigten entwickelt, kennzeichnet den übergroßen Einfluss der Lobbyisten und damit das demokratische Defizit. Bankenregulierung durch Vertreter der betroffenen Banken kann nicht neutral und zielführend sein. Die Verursacher der Weltwirtschaftskrisen bauen ihre Macht weiter aus. Die Vermögenden werden vor schärferen Regelungen geschützt. Gleichzeitig werden Bürgerinnen und Bürger mit Verordnungen und Gesetzen überschwemmt. Opfer sind oft in voller Wirksamkeit die Familien, die in steigendem Maße in oder an der Grenze zur Armut leben müssen.

Die Europäische Zentralbank muss ausschließlich der Geldwertstabilität verpflichtet sein und nicht staatlicher Finanzpolitik dienen dürfen. Sie ist verantwortlich und Garant dafür, dass die Interessen der Bürger nicht an Spekulanten verkauft werden. Der Primat der Politik vor der internationalen Finanzwelt muss deutlicher als bisher zur Geltung gebracht werden.

Das wesentliche politische Ziel der Familien-Partei Deutschlands ist, an den grundlegenden und für die Familien Europas wichtigen Entscheidungen mitzuwirken zu können

FAMILIE: Generationsübergreifende Gerechtigkeit

Als Familien-Partei Deutschlands sind wir dabei besonders der Familie, also Kindern, Eltern und Großeltern verpflichtet. Als Partei der Vernunft sind wir eine kompetente, moderne und vor allen Dingen zukunftsorientierte Partei. Wir streben ein Europa an, in dem Familien eine Perspektive haben.

Die Familien-Partei Deutschlands fördert die Familie mit Kindern als Bindeglied zwischen den Generationen. Die Familien-Partei Deutschlands tritt auch in Europa für die Verwirklichung des besonderen Schutzes der Familie durch die staatliche Ordnung (Grundgesetz, Artikel 6.1) ein.

Familiäre Lebensstrukturen verändern sich in einer dynamischen Gesellschaft. „Familie“ bedeutet für die Familien-Partei Deutschlands eine Lebensgemeinschaft von Eltern mit Kindern. Ausdrücklich werden auch Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften von Eltern mit Kindern unter dem Sammelbegriff „Familie“ zusammengefasst.

Die Familie ist die Grundzelle des Staates, auch in einem Bundesstaat Europa. Die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger ist nur dann abgesichert, wenn kontinuierlich Kinder und damit neue leistungsfähige Generationen heranwachsen. Es liegt also gerade auch im Interesse einer Gesellschaft, die ihre Zukunft sichern will, Familien nicht mehr zu benachteiligen, sondern ihre Bedeutung für die Allgemeinheit zu würdigen.

Alle Menschen sind im Alter auf die solidarische Unterstützung der nachfolgenden Generationen angewiesen. Dabei geht es nicht allein um die persönliche finanzielle Absicherung, sondern auch um den Erhalt der Infrastruktur.

Weil die Absicherung der Zukunft Aller von den nachfolgenden Generationen getragen wird, fordert die Familien- Partei Deutschlands die vorausgehende Solidarität aller Mitglieder dieser Gesellschaft mit den Familien ein, denn ohne Kinder ist eine Gesellschaft nicht überlebensfähig. Deshalb müssen konsequenter Weise die Kosten für die Erziehung und die Versorgung der Kinder vom späteren Nutznießer – also von der gesamten Gesellschaft - getragen werden.

Alles politische, soziale und wirtschaftliche Handeln muss dem Prinzip der Nachhaltigkeit entsprechen: Die Lebensweise der gegenwärtigen Generationen darf nicht künftige Generationen belasten.

Dieses Ziel und dieser Anspruch gelten auch für den Bereich der Staatsfinanzen, für die Umwelt und für die natürlichen Ressourcen. Deshalb ist Politik für Familien keine Klientelpolitik, sondern verantwortungsvolle und nachhaltige Gestaltung der Gegenwart und zugleich die Sicherung der Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die bisherigen Regierungsparteien haben den von der Natur der Sache her gebotenen Drei-Generationen- Vertrag (Heranwachsende – Erwerbstätige – Ruheständler) durch einen Zwei- Generationen-Vertrag ersetzt, der in der Bilanz einer kinderarmen *Gesell-*

schaft auf systematische Transferleistungen zu Gunsten des kinderlosen Teils ausgerichtet ist. Das ist weder zukunftsfähig noch gerecht.

Die Familien-Partei Deutschlands will einen wirksamen, alle drei Generationen umfassenden Generationenvertrag. Darin unterscheidet sie sich wesentlich von den etablierten Parteien.

Familien-Partei Deutschlands – Nachhaltige Politik für Familien

Wir wollen auch in Europa nach Jahrzehnten der Vernachlässigung durch die bisherigen Regierungen die Familie wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens stellen. Dabei stellen wir das Wohl der Kinder in den Vordergrund und fordern, dass die Elternzeit eine hohe Anerkennung erfährt und zu einem neuen Denken in der Familien- und auch in der Wirtschaftspolitik wird.

Dort, wo heute die Kindererziehung von den Eltern getragen wird, entstehen für die Eltern erhebliche Nachteile während der Zeit der Kindererziehung und auch im Rentenalter. Auch die Fremdbetreuung - da wo sie dem Kindeswohl nicht widerspricht - ist keine ausreichende Entlastung.

Viele Familien leben in Armut, sind durch staatliche Hilfsleistungen, beispielsweise als Hartz IV-Bezieher, in einer Rolle der ständigen Abhängigkeit, werden mit ihren Kindern in Sozialwohnungen abgedrängt und schaffen es wegen der geforderten Doppelbelastung in Familie und Erwerbsarbeit nicht, den Lebensunterhalt ausreichend zu sichern. Ein wichtiger Grund, dass immer mehr Menschen sich gegen Kinder entscheiden - also immer weniger Kinder geboren werden.

Deshalb sinkt der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung. Das führt nach den Jahrzehnten falscher Familienpolitik natürlich dazu, dass es immer weniger Familien und Mütter gibt, die einem Kind das Leben schenken. Immer mehr arbeitende Menschen müssen immer mehr Rentner versorgen. Das kann nicht gut gehen - die Sozialsysteme sind schon jetzt nicht mehr finanzierbar.

Das Absinken des Anteils junger Menschen ist keineswegs ein Problem Deutschlands allein, sondern viele europäischen Staaten liegen bei Geburtenrate unterhalb *der* Quote, die den Bestand und somit die soziale Sicherheit in der Zukunft gewährleistet. Das Problem betrifft Europa insgesamt und hat sehr große und wachsende Bedeutung.

Es bleibt festzuhalten: Die Erziehung ihrer Kinder ist nicht nur elterliche Pflicht, sondern gemäß unserer Verfassung auch elterliches Recht. Gesetzliche Regelungen müssen jedoch verhindern, dass Elternschaft zu Nachteilen in der Berufsentwicklung und beim Lebensstandard führen. Arbeitgeberhilfen sind begrüßenswert, können aber nur punktuell zu erwarten sein. Sie können staatlich bindende Regelungen und Finanzierungen nicht ersetzen.

Heute trägt die aktive, also die erwerbsfähige Generation über Rentenkassen die Kosten für die Versorgung der nicht mehr erwerbsfähigen Älteren. Genauso müsste diese Generation insgesamt die Kosten der Kindererziehung und -betreuung übernehmen. Es ist gesellschaftlich ungerecht, dass die Eltern diese Kosten fast allein tragen müssen.

Im Einzelnen:

- ▲ die Familienarbeit (Kindererziehung und -betreuung) muss der Arbeit im Berufsleben gleichgestellt werden. Gerechterweise müssen gemäß Generationenvertrag auch die Kosten für die Versorgung der noch nicht erwerbsfähigen Kinder über eine einzurichtende Familienkasse getragen werden.
- ▲ die Familien-Partei Deutschlands fordert, daraus ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt.
- ▲ das Erziehungsgehalt führt zu höheren Renten der Eltern, da die Erziehungszeiten bei der Rentenversicherung voll angerechnet werden. Elterliche Leistungen müssen sich für beide Elternteile auch bei der Rente angemessen auswirken.
- ▲ es muss ein ausreichendes Kindergeld für die Kosten, die ein Kind verursacht, finanziert werden. Ein Kinderkostengeld.
- ▲ wir setzen uns dafür ein, dass europaweit die gleichen Sozialabgaben eingeführt werden.
- ▲ das von der Familien-Partei geforderte stellvertretende Wahlrecht der Eltern für die Kinder muss verwirklicht werden, da viele der heute getroffenen Entscheidungen die Zukunft unserer Kinder belasten.
- ▲ Betreuung und Beratung der Eltern bei der Kindererziehung durch Familienberater und Beratungsstellen.
- ▲ finanzielle Anreize für Arbeitgeber zur Verbesserung der Chancen bei der Wiedereingliederung der Eltern in das Berufsleben.

Realisierung des Erziehungsgehaltes:

- ▲ die Finanzierung erfolgt durch eine Familienkasse. Alle Erwerbstätigen zahlen entsprechend ihres Brutto-Einkommens ein
- ▲ die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden nicht zusätzlich belastet
- ▲ Eltern, die bereits vor Inkrafttreten dieser Regelung Kinder erzogen haben, brauchen keine Zahlungen an die Familienkasse zu leisten

Auswirkungen:

- ⤴ es werden wieder mehr Kinder geboren
- ⤴ Frauen, die Kinder bekommen und erziehen, sind finanziell abgesichert. Aus dieser Sicherheit heraus können Mütter, aber auch Väter mit besseren Möglichkeiten und besserer Zuversicht wieder zurück in den Arbeitsmarkt.
- ⤴ weniger Kinder müssen in Armut aufwachsen
- ⤴ die Sozialsysteme bleiben finanzierbar
- ⤴ Abtreibungen aus sozialen Gründen entfallen
- ⤴ Alleinerziehende sind durch das Erziehungsgehalt und das kostendeckende Kindergeld nicht mehr auf Unterhaltszahlungen angewiesen. Für sie entfällt die Situation der unwürdigen Abhängigkeit.
- ⤴ es besteht echte Wahlfreiheit. Eltern können ihre Kinder selbst betreuen, eine Tagesmutter engagieren oder öffentliche Betreuungsangebote in Anspruch nehmen.
- ⤴ Kindererziehung und Erwerbsarbeit lassen sich vereinbaren
- ⤴ die wirtschaftliche Benachteiligung der Eltern gegenüber Kinderlosen während der Kindererziehung und im Rentenalter wird aufgehoben

Durch die jahrzehntelange Benachteiligung ist die Situation der Familien inzwischen außerordentlich schwierig geworden. In Parlamenten sind Familien unterrepräsentiert. Es agieren fast nur kinderlose Politiker.

Daher fordert die die Familien-Partei Deutschlands für Eltern ein stellvertretendes Wahlrecht für Ihre Kinder. Eltern zahlen Steuern für die Kinder. Mit deren Stimme können sie auch auf die Verwendung der Gelder (z. B. Verschuldung zu Lasten kommender Generationen) Einfluss nehmen und werden als besondere Zielgruppe gegenüber Kinderlosen im politischen Handeln endlich wahrgenommen.

Um der Politikverdrossenheit besser zu begegnen, fordert die Familien-Partei Deutschlands, dass Politiker nur zwei Legislaturperioden hintereinander Kanzler, Ministerpräsident oder Minister sein dürfen.

Bildung

Schulische Bildung ist im Grundsatz Ländersache, wird aber auch von der europäischen Politik beeinflusst.

Schule soll Neugier, Kreativität, Originalität, Orientierung und Teamgeist für eine immer komplexere Welt wecken. Dafür gibt es Erkenntnisse der aktuellen Entwicklungs-

psychologie, der Lerntheorie und der Hirnforschung, die an unseren Schulen bis heute kaum Berücksichtigung finden.

Nur was mit Neugier und Interesse gelernt wird, wird unseren Kindern wichtig und bedeutsam. Und nur was ihnen bedeutsam ist, weckt ihre Kreativität und spornt die Leistungsbereitschaft an.

Als Familien-Partei stehen wir im Bildungsbereich in Deutschland und Europa für folgende Ziele:

- ▲ möglichst wenige Bezugspersonen in den ersten Lebensjahren
- ▲ verstärkte Förderung in Kindergärten und Vorschulen
- ▲ lernfreundliche Voraussetzungen in den Einrichtungen
- ▲ verlässliche und qualifiziert betreuende Ganztagschulen
- ▲ Förderung von Werten und Wertschätzung
- ▲ finanzielle Gleichbehandlung staatlicher und privater Schulen
- ▲ gleiche Bildungschancen unabhängig vom elterlichen Status.
- ▲ gebührenfreies Erststudium
- ▲ länderübergreifend vergleichbare Studienberechtigungen und Bildungsabschlüsse
- ▲ Kinder mit Migrationshintergrund: gezielte Förderung der Sprachkompetenz

Wirtschaft und Finanzen

In erster Linie muss die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise einer konstruktiven Lösung zugeführt werden.

Es darf keine einseitige Sparpolitik geben, sondern jede Lösung muss sowohl Spar- als auch Konjunkturimpulse beinhalten. Die Wachstumschancen der im Moment am stärksten betroffenen europäischen Partnerländer müssen zielführend verbessert werden. Dabei ist jedoch die Wirtschaftskraft aller Länder Europas im Auge zu behalten, damit die gemeinsame Entwicklung für alle positiv verläuft.

Die Familien-Partei tritt für die freie soziale Marktwirtschaft ein. Ziel muss maßvolles Wachstum sein, innovativ und unter Schonung der Ressourcen. Wirtschaften ist kein Selbstzweck, sondern muss den Menschen und die Gesellschaft im Fokus haben. Gewinnmaximierung *allein* kann bei notwendiger Verantwortung gegenüber der Gesellschaft (und vor dem Hintergrund der grundgesetzlichen Eigentumsverpflichtung für die Gesellschaft) kein akzeptables Wirtschaftsziel sein. Wettbewerb muss immer Solidarität, Nachhaltigkeit und Freiheit berücksichtigen und verbinden.

Die Familien-Partei tritt ein für:

- > europaweit gleiche Besteuerungsgrundlagen, insbesondere auch für Unternehmen

- > Ertragsbesteuerung ausnahmslos am Produktionsort der Leistungserbringung
- > gleiche Wettbewerbsregeln
- > öffentliche Aufgaben müssen von den Organen finanziert werden, die sie entscheiden (Grundsatz: „wer bestellt, bezahlt“)
- > einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn

Geld- und Bankenwesen:

- ▲ Banken müssen ihre eigenen risikobehafteten Geschäfte vom Kundengeschäft trennen (Trennbankensystems)
- ▲ Geschäftsbanken sind auf reine, den produktivwirtschaftlichen Finanzierungen dienende Kreditgeschäfte und Dienstleistungen zu beschränken
- ▲ Regelmäßige, vollständige Offenlegung der Interbankenfinanzierung und der Target-Salden
- ▲ bei Bankenrettungen durch den Staat sind Beteiligungs- und Mitspracherechte zu vereinbaren. Die Anteilseigner sind am Verlust zu beteiligen
- ▲ Sparguthaben bei Geldinstituten müssen *generell* abgesichert sein, so dass den Sparern im Insolvenzfall keine Verluste entstehen.
- ▲ Börsen-, Termin-, Derivate-, Leerverkaufsgeschäfte sind Brokerhäusern zu überlassen. Der Kunde muss vor der Geld-Anlage eine umfassende Erläuterung und eine realistische Risikobewertung erhalten sowie die Kenntnisnahme durch seine Unterschrift bestätigen
- ▲ Geldwertstabilität muss oberster Grundsatz bleiben
- ▲ Wiedereinführung der Eigenheimzulage für Familien (auch für die Sanierung von Altbauten)
- ▲ Schuldenabbau – jegliche langfristige Staatsverschuldung geht zu Lasten der Kinder und Enkel. Dem Schuldenabbau ist Priorität einzuräumen

Jährlich gehen in Europa Billionen Euro durch Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Schwarzarbeit verloren. Die zuständigen Behörden bzw. Kontroll-Instanzen müssen personell besser ausgestattet werden und es ist eine gesetzliche und somit verbindliche Vorschrift für die Prüfungs-Interwalle nötig.

Globale Verantwortung

Europa und seine Menschen tragen global Mitverantwortung. Wirtschaften und Wohlstand dürfen nicht zu einem Verhalten animieren, wodurch das ökologische Gleichgewicht gefährdet und Ressourcen ausbeutet werden. Die Lebensbedingungen der künftigen Generationen werden dadurch eingeschränkt.

Arbeit

Arbeit befriedigt grundlegende menschliche Bedürfnisse und ist wesentliche Bedingung für die Lebensqualität, zum Teil sogar für die menschliche Existenz.

Viele Bürger, deren einziger Besitz ihre Arbeitskraft ist, brauchen neben einem existenzsichernden Einkommen vor allem die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Vor dem Hintergrund einer Familie und dem notwendigen Aufbau der Existenz ist dieser Aspekt von entscheidender Bedeutung und muss verstärkt bei der rechtlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes Berücksichtigung finden.

Besonders in den südeuropäischen Ländern gibt es eine alarmierend hohe Jugendarbeitslosigkeit. Dieses gravierende Problem muss von der Europäischen Union aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit den einzelnen Staaten dringendst einer Lösung zugeführt werden. Es kann und darf nicht sein, dass eine ganze Generation die Perspektive für ihre Zukunft verliert.

Die Demokratisierung des Arbeitslebens muss weiter verbessert werden und die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen auf den bestehenden Rechtsgrundlagen endlich auch faktisch durchgesetzt und verwirklicht werden. Sowohl für Frauenarbeit, Leiharbeit und im Zusammenhang mit Werklohnverträgen muss das strikte Gebot leistungsorientierter Gleichbezahlung gelten.

Die Arbeitsorganisation muss so gestaltet werden, dass dem Arbeitnehmer noch ausreichend Zeit für das Familien- und Privatleben, sowie für Muße und Gemeinschaftsarbeit bleibt.

Die Familienarbeit muss der Erwerbsarbeit wirtschaftlich gleichgestellt werden.

Kultur und Medien

Europa ist in der Vielfalt der Länder und Regionen kulturell in unterschiedlichster Weise geprägt und doch gibt es hohe Übereinstimmung in der Betrachtung der Grundwerte des Zusammenlebens - eine gemeinsame europäisch-abendländische Kultur. Grundlage ist der europäische Humanismus und die Aufklärung.

Für den Umgang miteinander sind Respekt, Toleranz und demokratische Grundregeln unabdingbar, damit ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen kann. Bestehende Traditionen müssen beibehalten und entwickelt werden.

Die Medienvielfalt muss erhalten und gepflegt werden. Da in unserer Gesellschaft der Respekt vor Lehrern, Eltern, Polizisten, alten Menschen und vor der Familie leider Einbußen erlitten hat ist eine gute Zusammenarbeit mit den Medien auch zu diesen Fragen von Vorteil. Die Pressefreiheit ist als hohes Gut besonders schützenswert.

Gesundheit

Gesundheit ist ein hohes, schützenswertes Gut. Sie darf niemals wirtschaftlichen Entscheidungen nachgeordnet werden. Die Einhaltung der bestehenden Vorschriften muss korrekt eingehalten und überwacht werden.

Die Familien-Partei Deutschlands fordert die politische Umsetzung der europaweit bereits beschlossenen, aber nicht durchgesetzten Krankenversicherungskarte. Bei der Einführung neuer Technologien ist die Beweispflicht umzukehren: Die Betreiber müssen vorab die Gesundheitsverträglichkeit in standardisierten Testverfahren auf wissenschaftlicher Grundlage amtlich nachweisen. Gesetzliche Grenzwerte sind in regelmäßigen zeitlichen Abständen den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen. Bei der Finanzierung von Medikamenten, Behandlungen und Therapien setzt sich die Familien-Partei Deutschlands für die generelle Verfügbarkeit medizinischer Dienstleistungen und -Produkte in Europa ein.

Forschung und Ethik

Die Züchtung von Embryonen und der Handel mit Embryonen zu Forschungszwecken, zur Arzneimittelherstellung oder zur Aufbereitung in andere Formen heilkundlicher Mittel lehnen wir ab.

An der Entschlüsselung und den Bauplänen des menschlichen Erbgutes können keine Rechte erworben werden. Den Behörden obliegt die Pflicht, den Gebrauch bestehender Möglichkeiten zu kontrollieren und Missbrauch zu unterbinden.

Die Befruchtung außerhalb des Mutterleibes auf Grundlage gentechnisch auswertbarer und manipulierbarer Verfahren darf nicht erlaubt sein.

Es darf nicht möglich sein – gleichgültig aus welchem Anlass - ein genetisches Gutachten von Personen anzufordern oder vertraglich zu vereinbaren – auch nicht auf freiwilliger Basis. Die Anfertigung genetischer Gutachten ohne Wissen oder Zustimmung der betroffenen Person ist unter Strafe zu stellen. Ausnahmen sind nur zur Aufklärung von Straftaten bei dringendem Tatverdacht (nach richterlicher Anordnung) möglich.

Ernährung

Tierhaltung und Kulturpflanzungen zum Zwecke der Ernährung von Menschen sind strengeren Kontrollen hinsichtlich der Verwendung von natur- oder artfremden Stoffen zu unterwerfen.

Alle Lebensmittel müssen mit allgemeinverständlichen, vollständigen Hinweisen auf Inhaltsstoffe, Herkunft und angewandte Verfahren versehen werden.

Wasser ist für die Familien-Partei Deutschlands ein Allgemeingut, das nicht unter Wettbewerbsgesichtspunkten vermarktet werden darf. Jedem Menschen ist sein Existenzminimum an diesem Lebensmittel allenfalls zu den Gestehungskosten zur Verfügung zu stellen. Dem Schutz des Wassers vor Immissionen muss mit besonderer Sorgfalt nachgegangen werden.

Landwirtschaft

Die Ausgaben für Agrarsubventionen betragen über 40 % des EU Haushaltes. Allein diese Tatsache erfordert schon eine Überprüfung der einzelnen Positionen einschließlich der Zweckmäßigkeit des administrativen Aufwands.

Es sind nur Betriebe zu subventionieren, die gesundheitlich unbedenkliche Erzeugnisse auf den Markt bringen und die aktuellen Kriterien für den Landbau erfüllen. Neben den Bio-Betrieben ist dies auch bei der konventionellen Landwirtschaft im abgestuften Rahmen anzuwenden.

Die Landwirtschaft ist ein außerordentlich wichtiger Wirtschaftsfaktor und langfristig muss es das politische Ziel sein, die Existenz dieses Wirtschaftszweiges durch die eigene wirtschaftliche Betätigung am Markt abzusichern.

Die Familien-Partei Deutschlands ist gegen den Einsatz gentechnisch manipulierten Saatgutes in der Landwirtschaft.

Wir sind gegen jede Einschränkung der Sortenvielfalt: Durch Methoden und Verfahren der Biotechnologie, die auf den Forschungsergebnissen der Molekularbiologie und Genetik aufbauen sind inzwischen gezielte Eingriffe in das Erbgut (Genom) von Lebewesen möglich. Bei Einsatz dieser Möglichkeiten werden zwar wenige Sorten optimiert, aber gleichzeitig wird dadurch der Bestand vieler alter Obst-, Gemüse- und Getreidesorten bedroht.

Umwelt

Die Familien-Partei tritt für den nachhaltigen europaweiten Schutz der Umwelt als zentrale Zukunftssicherung ein.

Die Gewinnung von Energien aus nachwachsenden Rohstoffen darf auf Grundlage strenger Regeln nur in einer für die Umwelt verträglichen Form erfolgen.

Die Familien-Partei gibt dem Tierschutz europaweit einen großen Stellenwert und setzt sich für artgerechte Tierhaltung ein. Bei der Schlachtung müssen die bestehenden Vorschriften korrekt eingehalten und zusätzliche Belastungen für die Tiere vermieden werden. Die Verhältnisse sind regelmäßig Ort zu überprüfen.

Die Reinheit von Luft, Boden und Wasser sicherzustellen, ist eine zentrale Aufgabenstellung der zuständigen Behörden. Die regelmäßige Kontrolle auf Grundlage der bestehenden Gesetze muss verantwortlich sichergestellt werden. Lärm-Emissionen sind

Ursache vielfacher Erkrankungen und müssen stärker als bisher erforscht und eingedämmt werden.

Das Verbandsklagerecht muss auf europäischer Ebene eingeführt werden.

Müllvermeidung ist sinnvoller als Müllverbrennung oder Mülldeponierung.

Das Freisetzen genmanipulierter Organismen in die Natur ist strengen internationalen Maßstäben zu unterwerfen. Unerlaubtes Einbringen von in ihrem Erbgut veränderten fortpflanzungsfähigen Pflanzen oder Tieren in natürliche oder wirtschaftliche Kreisläufe ist strafrechtlich international zu verfolgen und mit empfindlichen Strafen zu belegen.

Die Familien-Partei Deutschlands steht für einen „kontrollierten Wettbewerb“ bei der Energieversorgung. Es dürfen keine Strukturen geschaffen werden, die zu Gunsten günstiger Tarife die Umwelt ausbeuten.

Konsum und Energieverbrauch sind nicht die einzigen Maßstäbe, an denen sich Lebensqualität bemisst. Es ist jede Politik entschieden zu bekämpfen, die die Nachhaltigkeit zu Lasten kommender Generationen unberücksichtigt lässt.

Energie

Die Familien-Partei Deutschlands steht für den schnellstmöglichen endgültigen Ausstieg aus der Kernkraft.

Weltweit müssen tragfähige Lösungen für die Endlagerung von Atommüll gefunden werden. Die Bemühungen um die Lösung dieses Problems müssen intensiviert und zum Abschluss gebracht werden. Die Bürger und auch die Kraftwerksbetreiber brauchen Klarheit.

Wir fordern europaweit eine je nach Region unterschiedliche Nutzung von erneuerbarer Energie. Dazu gehören unter anderem: Wasser- und Windkraft, Solarstrom, Biomasse, Biogas und Nahwärme.

Der Ausbau der Stromleitungen einschl. der notwendigen Technik muss so schnell wie möglich bundesweit erfolgen, damit der gewonnene Strom auch an den Ort des Bedarfs gebracht werden kann.

Es ist z.B. unerträglich, dass Windräder bei günstigen Bedingungen abgeschaltet werden, der nicht erzeugte Strom jedoch an den Betreiber bezahlt wird. Ebenso, dass der an manchen Tagen im Übermaß vorhandene Strom mittags an das Ausland verschenkt und für die Abnahme sogar noch draufgezahlt wird. Am Abend wird vom selben Ausland wieder Strom zu hohen Preisen zugekauft. Besonders vor dem Hintergrund der außerordentlich gestiegenen Verbraucherpreise für Strom sind diese Fehlsteuerungen unbedingt kurzfristig zu beseitigen.

Die Vergütungsbedingungen für Ökostrom sind generell zu überprüfen und den aktuellen Bedingungen und Möglichkeiten anzupassen.

Es darf jedoch in keinem Land der Welt durch Anbau von Bioprodukten für die

Energiegewinnung Hunger verursacht werden. Unternehmen die Landraub zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung betreiben, müssen die Folgeschäden in vollem Umfang ersetzen. Erforderlichenfalls müssen die Staaten Europas Ihre Einkaufspolitik an diesem Maßstab überprüfen.

Verkehr

Verkehrspolitik ist ein wichtiges Instrument zur Beeinflussung der Schadstoffbelastung. Die Familien-Partei Deutschlands steht daher für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs.

Allen Verkehrsträgern sind die von ihnen verursachten Umweltbelastungen kostengerecht anzulasten, um den öffentlichen Verkehr (Bahn, Busse, Schiffe) zu fördern und den Individualverkehr anteilig zu reduzieren.

Im Einzelnen:

- ▲ die Erreichbarkeit aller Ziele des Alltags muss durch vom öffentlichen Nahverkehr geregelte Lösungen sichergestellt sein
- ▲ Bahnhöfe müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Großbetriebe sollen einen Bahnanschluss haben

Alle ökologischen, Klima-, Gesundheits- und sozialen Folgeschäden der Nutzung eines Verkehrsmittels müssen in die Straßennutzungsgebühren und beim Flugverkehr in die Flugpreise eingerechnet werden.

Verteidigung

Das Militär eines jeden Mitgliedsstaates muss sich als oberste Maxime dem Ziel der Friedenserhaltung verpflichtet wissen. Militärische Einsätze außerhalb Europas dürfen nur nach sorgfältigster Abwägung stattfinden und müssen stets unter Parlamentsvorbehalt bleiben.

Weltweit müssen Kinder davor geschützt werden, in die Kriege von Erwachsenen einbezogen zu werden. Es reicht nicht, in Verträgen den Einsatz von Kindern zu verbieten, das Verbot muss auch weltweit überwacht und durchgesetzt werden.

Statt massiver Waffenexporte müssen wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten, die nicht nur die Unternehmen vor Ort und die wirtschaftliche Entwicklung fördert und somit der ortsansässigen Bevölkerung zugutekommt.

Recht und Gerechtigkeit

Der Familien-Partei Deutschlands ist wichtig:

- ▲ jeder Bürger Europas hat Anspruch auf den Schutz vor staatlicher Überwachung und vor Eingriffen in seine Privatsphäre. Einschränkungen sind nur bei konkreten Verdachtsmomenten auf schwere Straftaten (und nach richterlicher Anordnung) erlaubt
- ▲ das gesunde Rechtsempfinden der Menschen muss im gesprochenen Recht erkennbar sein. Die Familien-Partei befürwortet deshalb den weiteren Ausbau der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Europa, ins besondere durch die europäische Bürgerinitiative.
- ▲ europäisches Recht, darf unserem Grundgesetz nicht entgegenstehen. Wir sind z. B. entschlossen, zu verhindern dass in Europa Gesetze verabschiedet werden, die Familien einseitig belasten.
- ▲ wir unterstützen die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit.
- ▲ wir wenden uns gegen die Ausbeutung anderer Völker und die Zerstörung fremder Lebensräume zur Befriedigung eigener Bedürfnisse
- ▲ die Vielzahl der von der Kommission bereits erlassenen Richtlinien muss auf Sinnfälligkeit und Aktualität überprüft werden und nicht mehr benötigte Vorschriften müssen entfernt bzw. erforderlichenfalls aktualisiert werden. Bestehende Wettbewerbshindernisse sind zu korrigieren

Inneres

Unter den Ländern Europas ist die Friedenserhaltung der wichtigste Aspekt der inneren Sicherheit des Kontinents.

Frieden und Einheit ist dauerhaft nur möglich, wenn wie bisher die politischen Entscheidungen demokratisch legitimiert sind. Das Vorhandensein einer politischen Opposition im Parlament ist unabdingbar.

Die schlimmste Bedrohung des weltweiten Friedens ist die wachsende Ungleichheit der Lebensverhältnisse, insbesondere verursacht durch die ungehemmte Ausweitung der Schere zwischen arm und reich. Zu den Risiken gehört auch die rücksichtslose und überwiegend nicht angemessen entschädigte Ausbeutung vorhandener Ressourcen.

Asyl soll allen Berechtigten gewährt werden, denen ein sicheres Asylland in ihrem Kulturkreis nicht zur Verfügung steht.

Ausländer, die nach Europa kommen, sind uns als Mitmenschen mit gleichen Rechten und Pflichten willkommen. Voraussetzung ist, dass sie sich uneingeschränkt zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des jeweiligen Mitgliedsstaates der Europäischen Union und dessen Verfassung bekennen, die bestehenden Gesetze achten, sowie den Willen zur

Integration in die Gesellschaft des jeweiligen Staates mitbringen und dort eine wirtschaftlich gesicherte Existenz anstreben. Die Integration der Neubürger soll gezielt gefördert und unterstützt werden.

Es darf in keinem Land Europas eine Diskriminierung wegen der ethnischen, kulturellen und religiösen Lebensweise erfolgen. Es ist möglichst zu verhindern, dass sich vor allem in Großstädten Ghettos zugewanderter Ethnien bilden.

Zum vereinten Europa gehört neben einer Wirtschafts- und Währungsunion auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Vielfache Kontakte der Menschen verschiedener Länder und Kulturen untereinander sind eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und eines friedlichen Zusammenlebens. Dem Aufbau eines Jugendwerks kommt hohe Bedeutung zu.

Schlusswort

Trotz des dramatischen Geburtenrückgangs und der daraus jetzt schon resultierenden Probleme für die Sozialkassen und den Arbeitsmarkt werden Familien und ihre Leistungen für das Gemeinwohl nicht ausreichend unterstützt und anerkannt.

Die Entscheidung für Kinder ist europaweit mit einem sozialen Abstieg verbunden, so dass viele Eltern und Kinder in Armut leben müssen. Allein in Deutschland ist jedes sechste Kind davon betroffen.

Eltern, die sich der Erziehung ihrer Kinder widmen und dadurch nicht oder nicht voll berufstätig sein können, laufen Gefahr, im Alter in Armut leben zu müssen. Unsere Bewerbung für das Europa-Parlament hat das Ziel, dieser Entwicklung entgegenzutreten und ihr ein Ende zu bereiten. Aus dem gemeinsamen Europa sollen Arbeitslosigkeit (vor allem Jugendarbeitslosigkeit), Familien- und Kinderarmut sowie Altersarmut weitestgehend verbannt werden.

Um für Kinder, Eltern und Großeltern – also alle Familienmitglieder - auf europäischer Ebene die Stimme erheben zu können, braucht die Familien-Partei Deutschlands Ihr Vertrauen und Ihre Wählerstimme am Wahltag, damit eine moderne und zukunftsorientierte Politik in das Europäische Parlament einzieht und zum notwendigen Wandel beiträgt.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Stimme die Familien-Partei Deutschlands.